



Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918

Deutsches Reich / Auswärtiges Amt

Berlin, 1924

- I. Erste grundlegende Besprechungen: Die Hoffnung auf Erzwingung des Friedens durch Sieg muß aufgegeben werden
-

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76957](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76957)

I

Erste grundlegende Besprechungen

Die Hoffnung auf Erzwingung des Friedens
durch Sieg muß aufgegeben werden

Besprechung im Grossen Hauptquartier am 14. August 1918
Unterzeichnetes Protokoll

Anwesend:

Seine Majestät der Kaiser und König,
Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz,
der Reichskanzler,
der Generalfeldmarschall von Hindenburg,
der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff,
der Staatssekretär des Aeußern,
Generaladjutant von Plessen,
Chef des Zivilkabinetts von Berg,
Chef des Militärkabinetts Freiherr von Marschall

Der Reichskanzler ausführte die innere Lage. Stimmung kriegsmüde; Ernährung unzureichend; noch schlimmer Bekleidungsmangel. Wahlrechtsreform.

General Ludendorff: Strengere innere Zucht erforderlich. Zusammenfassung der inneren Kräfte mit größter Energie. Bestrafung Lichnowskys.

Der Staatssekretär äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je. Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt sei aber die ursprüngliche und stets zunehmende Ueberzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit*) die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müssen. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. Je länger der Krieg dauert, desto mehr vermindert sich in den Zentralmächten der Bestand an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten, während die Alliierten in allen drei Punkten auf Vermehrung rechnen. In jüngster Zeit ist bei den Alliierten hiezu die Hoffnung getreten, dem Faktor Zeit durch militärische Erfolge nachhelfen zu können. Soviel für den Feind.

Die Neutralen sind überaus kriegsüberdrüssig; auch bei ihnen befestigt sich die Meinung, daß allein durch die Zeit die Zentralmächte zur Niederlage verurteilt seien. Allerdings würden die Neutralen am liebsten sehen einen Frieden ohne einen Sieg für irgendeine Partei. Aus Gefühlsrück-sichten ist den meisten Neutralen der Sieg unserer Feinde sympathischer, vor allem aber wollen sie das Kriegsende sehen, gleichgültig welches. Daher sind sie auch bereit, auf unsere Niederlage hin mitzuarbeiten. Ein Beweis sei das Vorgehen Spaniens gegen unsere Torpedierungen, welches

*) Im Original gesperrt.

uns vor das Problem stellt, entweder den U-Boot-Krieg einzuschränken oder Krieg. Dieser Vorgang sei um so bedenklicher, als bei Bekanntwerden andere Neutrale ihm folgen würden.

Verbündete: Oesterreich erklärt — und unsere eigenen Nachrichten geben eine Bekräftigung dieser Meinung —, daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei, daß es nicht länger als durch den Winter aushalten könne, daß selbst ein Winterfeldzug mehr als zweifelhaft sei.

Bulgarien stellt größte Anforderungen an Subsidien und Lieferung von Waren und ist wegen Erschöpfung seiner Armee angeblich wenig leistungsfähig.

Die **Türkei** hat sich in einen Mord- und Beutekrieg im Kaukasus gestürzt, kommt uns dort in die Quere und setzt unseren Einwendungen und Mahnungen die bekannte Resistenz der Orientalen und der Schwächeren entgegen. Wir haben die Wahl, unsere Bundesgenossen gewähren zu lassen, oder uns mit ihren anspruchsvollen Forderungen einverstanden zu erklären. In unserer Lage ist die Wahl von vornherein entschieden. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen, und daß unsere Kriegführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes mählich zu lähmen. Die politische Leitung beuge sich vor diesem Ausspruch der größten Feldherrn, die dieser Krieg hervorgebracht habe, und ziehe daraus die politische Konsequenz, daß politisch*) wir außerstande sein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen, und daß wir daher gezwungen seien, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen.

Seine Kais. und Kgl. Hoheit der Kronprinz erklärt, alles was der General Ludendorff und der Staatssekretär gesagt hätten, zu unterschreiben und betont, es müßte in strengerer Zucht die innere Front zusammengefaßt werden.

Seine Majestät: Lichnowsky muß bestraft werden. Die stellvertretenden kommandierenden Generale und der Kriegsminister müssen im Innern bessere Ordnung halten. An die Generale wolle er diesbezüglich neue Order erlassen. Die Zivilbehörden hätten mitzuwirken an strikterer Durchführung der Staatsgewalt.

In bezug auf Ersatz müsse besser ausgekämmt werden. In Berlin liefen noch eine Menge junger Leute frei herum.

Seine Majestät billigen die Ausführungen über die außenpolitische Lage. Doch leide auch der Feind; es würden ihm viele Menschen totgeschlagen, seine Industrie finge schon an, brach zu liegen infolge Mangels an Rohstoffen; auch Lebensmittel mangelten. Die diesjährige Ernte in

*) Anmerkung des Reichskanzlers Grafen von Hertling: „Muß wohl heißen ‚militärisch‘. Hertling.“

England sei schlecht, die Tonnage vermindere sich ständig; vielleicht käme durch diesen Mangel England allmählich dazu, sich zum Frieden zu bekehren.

Seine Majestät erklären die Charakteristik der politischen Situation für richtig; es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feind zu verständigen hätten. Der König von Spanien und die Königin der Niederlande seien geeignete Media. Zur Schwächung der Siegeszuversicht des Feindes, zur Hebung der Zuversicht des deutschen Volkes sei die Bildung einer Propagandakommission erforderlich. Flamme Reden müßten gehalten werden von angesehenen Privatpersonen (Ballin, Heckscher), aber auch von Staatsmännern. In die Kommission seien Männer von entsprechenden Fähigkeiten zu berufen, nicht so wohl Beamte. Die politische Direktiven müsse das Auswärtige Amt geben.

Die einzelnen Ressorts müßten nicht wie bislang gegeneinander arbeiten und voreinander Geheimniskrämerei treiben. Die Militär- und Zivilbehörden müßten zusammenarbeiten, der Kriegsminister müsse die kommandierenden Generale unterstützen und sie nicht im Stiche lassen.

Der Reichskanzler spricht sich für eine energische Aufrechterhaltung der Autorität im Innern aus. Bezüglich der Propaganda bestehe ein reichhaltiges Programm, das schon verwirklicht würde.

Diplomatisch müßten Fäden betreffend eine Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolge im Westen.

Generalfeldmarschall von Hindenburg führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unsern Willen aufzuzwingen*).

Folgen die Unterschriften:

H. 14. 8.
L. 14. 8.
Hertling 17. 8.
v. H. 14. 8.
Wilhelm I. R.
v. B. 19. 8.
Wilhelm, Kronprinz

Als Anlage ist hinzugefügt ein Brief des Reichskanzlers Grafen von Hertling:

„Zur Ergänzung der Aufzeichnungen des Herrn Staatssekretärs erlaube ich mir, zu den von mir gemachten Ausführungen Folgendes hinzuzufügen:

1. Ich habe zugesagt, mich sofort an die obersten Justizbehörden im Reiche und in Preußen zu wenden und ihnen in amtlicher Weise von den

*) Anmerkung der Reichskanzlei. Dieser Satz des Generalfeldmarschalls lautete in dem Protokoll ursprünglich: Generalfeldmarschall von Hindenburg „hofft“, daß es „dennoch“ gelingen werde usw. Die Aenderung in die bestimmtere Form: „führt aus, daß es gelingen werde“, stammt nach Schrift und benutztem Stift von General Ludendorffs Hand. — Zu dieser nachträglichen Aenderung hat sich Ludendorff bekannt (Das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung S. 14).

äußerst schädlichen Wirkungen Kenntnis zu geben, welche die von den Feinden betriebene Verbreitung der Lichnowskyschen Denkschrift an unserer Front hervorrufe, da dies unzweifelhaft für die Beurteilung des Falles von Einfluß sein müsse.

2. Bezüglich der Wahlreform in Preußen habe ich ausgeführt, daß das von Seiner Majestät dem Kaiser und König gegebene Wort eingelöst werden müsse, und ich bei der Uebernahme des Reichskanzlerpostens ausdrücklich die Verpflichtung hierzu übernommen hätte. Es müsse somit von seiten der Regierung alles geschehen, um die Wahlreform in Preußen durchzuführen, der Schein, daß sie hierzu nicht den Mut oder nicht die Macht habe, würde sie um alles Vertrauen und alle Autorität bringen, und dabei handle es sich nicht etwa um die Personen der Minister, sondern direkt um Monarchie und Dynastie.

Hertling, 17. 8.“

Dem Aktenstück beigefügt ist die Zuschrift des Chefs des Zivilkabinetts von Berg an den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei.

„Euer Hochwohlgeboren überreiche ich in der Anlage das von Seiner Majestät dem Kaiser und König unterzeichnete Protokoll über die Besprechung am 14. d. M. Seine Majestät bemerken dabei, daß die Vermittlung der Königin der Niederlande am meisten allerhöchst ihren Wünschen entsprechen würde.

z. Z. Wilhelmshöhe, 20. 8. 18.“

Aufzeichnung
des damaligen Staatssekretärs des Auswärtigen Amts
von Hintze über Besprechungen mit General Ludendorff
im Juli und August 1918*)

Auszug

Mitte Juli 1918, vor Antritt des Postens des Staatssekretärs, hatte ich in Avesnes General Ludendorff die förmliche und bestimmt gefaßte Frage vorgelegt, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen? General Ludendorff hatte meine Frage wiederholt und darauf erklärt: „Darauf antworte ich mit einem bestimmten ‚Ja‘.“ . . .

Vor der Besprechung zu vieren zwischen dem Reichskanzler, dem Generalfeldmarschall, General Ludendorff und mir — ich glaube am 13. August — hat mich General Ludendorff allein beiseite genommen und mir eröffnet, er habe mir im Juli gesagt: er sei sicher, mit der in Gang befindlichen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen; diese Sicherheit habe er jetzt nicht mehr. Auf meine Frage, wie er sich die Weiterführung des Krieges denke, hat General Ludendorff geantwortet, wir würden durch eine strategische Defensive imstande sein, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen und ihn so mählich zum Frieden zu bringen. In der angeführten Besprechung zu vieren hat niemand dieses ausschlaggebende Thema wieder angeschnitten. Erst im Kronrat — 14. August — habe ich es wieder vorgebracht und behandelt, siehe Protokoll. General Ludendorff hat damals die „große Offensive“ als nicht mehr möglich bezeichnet, wohl aber eine strategische Defensive mit gelegentlichen offensiven Vorstößen, mit guter Aussicht auf endliche Lähmung des Kriegswillens des Feindes. Generalfeldmarschall von Hindenburg beurteilte die militärischen Aussichten noch günstiger. Die politische Lage, so wie ich sie vor dem Kronrat auseinandergesetzt hatte, verbot mir, an diesen Erfolg der strategischen Defensive zu glauben. Das habe ich im Kronrat erklärt und die Ermächtigung zur Anbahnung des Friedens mit diplomatischen Mitteln verlangt. Darunter begriff ich auch: Minderung der bis dahin aufgestellten Kriegsziele. Hierfür war Oberste Heeresleitung damals noch nicht zu haben: siehe Schlußsatz des Protokolls vom 14. August. Die mir erteilte Ermächtigung zu Friedensschritten wurde dadurch**) beschränkt, was ich aber mählich zu beheben hoffte; mit Recht, wie die Zukunft bewies. Indes eine wesentliche Beschränkung der Ermächtigung war die folgende: „der geeignete Moment müsse abgewartet

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Diese Aufzeichnung vom 18. Januar 1919 hat Staatssekretär a. D. von Hintze Anfang 1919 zu den Akten des Auswärtigen Amts gegeben. Vgl. auch die Darstellung in der „Frankfurter Zeitung“ 22. und 31. Juli 1919; dort auch eine spätere Denkschrift von Hintzes über die Hergänge.

**) Anmerkung von Hintzes: „Durch Festhalten an den Kriegszielen, die für den Fall ‚Sieg‘ aufgestellt waren.“

werden, ehe diplomatische Fäden anzuspinnen wären; ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten (unserem) Erfolg an der Westfront.“ Später — im September — wurde als Moment bezeichnet: „wenn die Rückwärtsbewegung unserer Armee zum Stehen gekommen sein würde, etwa in der Siegfriedstellung.“ Ich habe Fäden angesponnen, ohne viel Rücksicht auf diese beiden Momente . . .

Den Abfall bzw. Zusammenbruch unserer Verbündeten hatte ich seit dem 13. und 14. August förmlich und feierlich vorhergesagt. Oberste Heeresleitung hat beides bestritten und schwarzseherisch genannt.

Sitzung des Königlichen Staatsministeriums

Unterzeichnetes Protokoll
Auszug

Berlin, den 3. September 1918

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

Der Herr Ministerpräsident sprach zunächst den Herren Staatsministern seinen Dank aus für die ihm zu seinem 75. Geburtstage freundlichst dargebrachten Glückwünsche und für die Blumenspende.

Sodann erörterte er die gegenwärtige politische Lage, welche eng mit der derzeitigen militärischen Lage verknüpft sei. Er hoffe, daß über die letztere der Herr Kriegsminister noch einige nähere Mitteilungen machen könne.

An leitender Stelle stehe der Wunsch, daß jeder gangbare Weg betreten werden müsse, der zu einer Verständigung mit dem Feinde führen könne. Ein Friedensangebot könne und dürfe nicht gemacht werden, das würde von unseren Feinden doch nur schnöde abgewiesen werden. Dagegen müßten Fäden angesponnen werden, und es müsse jede Gelegenheit wahrgenommen werden, die zum Ziele führen könne, möglichst durch neutrale oder sonst geeignete Persönlichkeiten. Man müsse etwa zum Feinde sagen: „Ihr seht, Ihr könnt uns nicht besiegen, Deutschland wird seine Existenzberechtigung und seinen Platz an der Sonne in dem ihm aufgezwungenen Verteidigungskriege zweifellos siegreich behaupten, aber wir sind stets bereit, wie das schon wiederholt und unzweideutig von der deutschen Regierung betont worden ist, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen.“ Ueber die einzelnen dabei aufzustellenden Friedensbedingungen würde jetzt auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers ein genaues Programm aufgestellt werden. Diese soeben dargelegte Stellungnahme sei in Besprechungen festgelegt, die in Spa unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden hätten, an denen außer den Generalen von Hindenburg und Ludendorff auch der Kronprinz teilgenommen, und in denen eine völlige Einigung unter allen Beteiligten stattgefunden habe. Erschwert werde die Lage noch durch das unbedingte Friedensbedürfnis, welches sich in Oesterreich-Ungarn immer mehr geltend mache. Die österreichisch-ungarische Regierung habe ihn wissen lassen, daß sie an alle Feinde ihre Bereitschaft, Frieden zu schließen, mitteilen wolle. Es sei ihm zwar gelungen, einen solchen verhängnisvollen Schritt zurückzuhalten, aber dahingehende Wünsche würden jetzt wieder energischer in Oesterreich-Ungarn vertreten. Der Staatssekretär von Hintze sei gerade aus diesem Grunde jetzt nach Wien gereist und könne daher an der heutigen Verhandlung zu seinem eigenen Leidwesen nicht teilnehmen.

Auch bei uns im Lande sei die Stimmung gegenwärtig zweifellos schlecht, und deshalb müßten auch wir ernstlich den Versuch machen, mit Ehren aus dem Kriege herauszukommen. Ueber die Frage, wie der gegenwärtigen schlechten Stimmung, die durch die militärische Lage an sich nicht begründet sei, mit Erfolg entgegengetreten werden könne, sei in Spa bei den erwähnten Besprechungen verhandelt. Es komme darauf an, das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu heben und die üble Wechselwirkung zwischen Front und Heimat, die überall zu beobachten sei, zu paralysieren. Eine entsprechende Organisation, die eine dahingehende Propaganda im Inlande und im Auslande betreiben solle, sei dem Auswärtigen Amt angegliedert und dem Staatssekretär von Hintze unterstellt. Sie sei bereits in Tätigkeit getreten und habe auch schon einige günstige Wirkungen erzielt, so z. B. hätten die auf Veranlassung dieser Organisation von dem Staatssekretär Solf und dem Prinzen Max von Baden kürzlich gehaltenen Reden in bezug auf die Stimmung hier im Lande eine gute Wirkung geübt.

Der Herr Kriegsminister führt aus, er könne über die augenblickliche militärische Lage wenig sagen. Er wolle sich erst jetzt ins Hauptquartier begeben, um nähere Informationen einzuziehen. Er müsse aber auf die großen Schwierigkeiten des Ersatzes, die jetzt beständen, hinweisen. Er müsse und wolle den jüngsten Jahrgang aus der Front zurückhalten, das mache aber ein starkes Auskämmen in der Zivilbevölkerung nötig.

Der Herr Staatsminister von Waldow sprach die Befürchtung aus, daß infolge dieser Maßnahmen auf dem Lande nicht genügend Arbeiter bleiben würden, namentlich für die bevorstehende Kartoffelernte.

Der Herr Kriegsminister widerlegte diese Befürchtung durch den Hinweis, daß für diese Zwecke grade der zurückgehaltene jüngste Jahrgang verwandt werden solle.

Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten wies darauf hin, daß ihm von dem Kriegsministerium angesonnen sei, noch weitere 15 v. H. aus seinem Personal herauszuziehen. Er glaube kaum, daß er diesem Ansinnen ohne Gefahr für den Betrieb nachkommen könne.

Der Herr Kriegsminister hoffte, daß dies noch möglich sein werde, wie es auch in anderen Betrieben gegangen sei . . .